

Haushaltsrede 2016

Haushaltsrede vom 14.12.2015 für die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN im Rat der
Stadt Brühl
von Eckhard Riedel, Fraktionsvorsitzender

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

der deutsche Rechtswissenschaftler Janbernd Oebbecke sagt:

„Die Pflicht zum Haushaltsausgleich geht allen anderen Pflichten vor, weil auf die Dauer keine Pflicht mehr erfüllt werden kann, wenn der Haushaltsausgleich nicht gelingt.“

Auch für das Jahr 2016 wird die Brühler Haushaltsatzung nur durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage und eine hohe Entnahme bei den Stadtwerken gelingen. Aber auch dieses Spiel ist endlich!

Versäumnis im Haushaltsjahr 2015

Durch die **Weigerung** der Koalition aus CDU/Grüne, die Steuern bereits im Jahr 2015 anzuheben, sind dem städtischen Haushalt Mehreinnahmen von über 2 Millionen Euro entgangen.

Die alleinige Erhöhung der Grundsteuer B hätte unsere Fraktion in diesem Umfang auch nicht mitgetragen, da sie gerade auch die Bezieher kleinerer Einkommen hart getroffen hätte.

Die Grundsteuer B muss jeder zahlen (Eigentümer und Mieter). Sie ist unabhängig vom wirtschaftlichen Ertrag und der privaten Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Im Gegensatz zur Gewerbesteuer, bei der nur die Leistungsträger zur Kasse gebeten werden.

Eine Verbesserung der Einnahmesituation ist im Interesse eines ausgeglichenen Haushalts allerdings dringend notwendig.

Die Fraktion von LINKE & PIRATEN macht zum Haushalt 2016 nachfolgende Vorschläge:

1. Wir fordern: Eine Erhöhung der Gewerbesteuer als Solidarbeitrag der Brühler Unternehmen.

Bei der Gewerbesteuer bezahlt nur der, der auch leistungsfähig ist. Aus Gerechtigkeitsgründen sollte der Hebesatz der Grundsteuer B nicht höher sein als der der Gewerbesteuer.

Im Rhein-Erft-Kreis haben derzeit nur Brühl und Pulheim einen Gewerbesteuerhebesatz von 430 v.H. Die anderen Kommunen lagen bereits im Jahr 2015 im Bereich von 480% bis 520 %.

Deshalb schlagen wir vor, die Gewerbesteuer von 430 v.H. auf 500 v.H. anzuheben = Damit würde die Stadt Brühl einen Mehrertrag von 1,84 Millionen Euro erzielen.

2. Weiterhin fordern wir: Die Grundsteuer B von 450 v.H. auf 500 v.H. heraufzusetzen.
Das macht wiederum einen Mehrertrag von 720.000 Euro aus.

Auch bei der Grundsteuer B lagen bereits 2015 viele Kommunen im Kreisgebiet bei Prozentsätzen zwischen 480 v.H. und 580 v.H.

Addiert man diese 2 Positionen, kommen wir auf Mehreinnahmen von über 2,5 Millionen Euro. Also mehr, als die Stadtverwaltung durch die alleinige Anhebung der Grundsteuer B auf 600 v.H. erzielen würde, wie vom Bürgermeister vorgeschlagen.

Unsere Vorschläge zu den Themen städtische Immobilien-Leerstände, Bürgerhaushalt, Schule und Flüchtlingsunterkünfte.

1. **Wir schlagen vor: Die Instandsetzung, Vermietung oder den Verkauf verwaister Brühler Immobilien weiter fortzuführen**

In der letzten Haushaltsrede kritisierten wir den Verfall einiger städtischer Liegenschaften und forderten eine umfangreichere Liegenschaftsverwaltung. Für die Villa Kaufmann wurde bereits in diesem Jahr ein Interessent gefunden.

Zu den noch zentralen Immobilien-Leerständen zählen derzeit das ehemalige „Max-Ernst-Kabinett“ und das sog. „Puddinghaus“ in der Burgstraße 7 (am Belvedere Parkplatz).

Das Max-Ernst-Kabinett steht mittlerweile auch bereits 3 Jahre leer und ist dem Verfall preisgegeben, davon konnten wir uns bei einer Besichtigung des Objektes ein eigenes Bild machen.

Weiterhin wäre zu überlegen, ob auch das sanierte Bahnhofsgebäude nicht auch veräußert werden sollte, um die städtische Verschuldung zu verringern.

Verpflichtend sollte es sein, dass diese Einnahmen dazu dienen sollten, die Verschuldung abzubauen und zu nichts anderem sollten diese Einmaleinnahmen verwendet werden. **„Denn die Defizite von heute sind die Steuern von morgen“** (*David Ricardo, britischer Ökonom*).

Aber in Brühl lässt man gerne Immobilien verfallen, wie das Puddinghaus, bis nur noch der Abriss Sinn macht.

2. Wir schlagen für 2017 einen Bürgerhaushalt vor:

Ein Bürgerhaushalt ist ein Instrument der Bürgerbeteiligung bei Fragen rund um die Verwendung von öffentlichen Geldern. Die Bevölkerung wird hierbei aktiv in die Planung von öffentlichen Ausgaben und Einnahmen einbezogen. Dieser beteiligungsorientierte Ansatz unterscheidet sich grundlegend vom traditionellen **Modell "Verwaltung plant, Politik entscheidet"**. Immer mehr Städte und Gemeinden führen Beteiligungsverfahren zum kommunalen Haushalt ein. Sie geben damit den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Ideen einzubringen und zu diskutieren, wofür Gelder ausgegeben werden sollen.

Andere Städte wie Troisdorf, Köln, Gelsenkirchen und Detmold machen es uns erfolgreich vor. Dabei werden Vorschläge für Ausgaben und/oder Einsparungen zum Haushalt der Stadt abgegeben. In Troisdorf (ca. 75.000 Einwohner) haben sich für den Doppelhaushalt 2015/2016 460 Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Ideen, Bewertungen und Kommentaren beteiligt.
Weshalb geht das nicht in Brühl?

3. Wir schlagen vor: Die Weiterentwicklung der Schullandschaft

Brühl hat ein breites Schulangebot, das sich an die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren anpassen wird. Rückläufige Schülerzahlen und eine ungleiche Verteilung an den einzelnen Schulstandorten sind zur Zeit zu beobachten. Daher kann eine Bestandsgarantie für alle Schulen nicht abgegeben werden. Auch wenn dieses zur Zeit durch die verstärkte Aufnahme von Flüchtlingskindern sich etwas anders darstellt.

Die Nachfrage nach Plätzen an der Gesamtschule sind sehr groß und wird sich trotz des demografischen Wandels nicht verringern. Das hat unterschiedliche Gründe. Für die Fraktion steht fest, wir können auf Dauer den Elternwillen nicht ignorieren. Deshalb fordern wir eine integrierte Schulentwicklungsplanung, die auch die Entwicklung der Gesamtschule beinhaltet. Denn gerade an dieser Schule konnte in den letzten Jahren den Elternwünschen nicht voll berücksichtigt werden. Eine Dependence-Lösung an der jetzigen Clemens-August-Hauptschule sollte kein Tabuthema sein. Die Empfehlungen des Schulentwicklungsplanes sollten mittelfristig umgesetzt werden. Dort heißt es: ...“weil die Ergebnisse der Brühler Elternbefragung wie auch aktuelle Ergebnisse von anderen Elternbefragungen und erfolgreicher Neugründungen von Gesamtschulen dafür sprechen, dass sich in allen Bundesländern das Schulsystem mittel- bis längerfristig zu einem Zweisäulen-Modell mit zwei Abiturschulen (Gesamtschule und Gymnasium - Anmerkung Autor) entwickeln wird.“

Die Weichen in Brühl müssen jetzt gestellt werden!

4. **Wir schlagen eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen vor:**

Die zentrale Unterbringung verschärft den Zustand der ohnehin vorhandenen teilweise jahrelangen Unsicherheit, in dem diese Menschen leben. Sie ist mit der Würde des Menschen und auch grundlegenden Prinzipien des Sozialstaats kaum vereinbar.

Bereits 2013 stellte die Fraktion einen Antrag zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen. Im Bericht vom 19.01.2015, Vorlagen-Nr. 32/2015 heißt es: „Zum Antragszeitpunkt betrug der Anteil der dezentralen Unterbringung demnach 0 %. Weiter heißt es dann: Somit ist der Anteil der Stadt Brühl mit 41 % beachtlich, da dieser Wert in Zeiten von stark ansteigenden Zuweisungszahlen erfolgte.“

Auch wenn dieser Wert Ende 2015 durch den enormen Zuwachs an Flüchtlingen nicht mehr aktuell ist, treten wir weiterhin für eine dezentrale Unterbringung ein.

Die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände forderte bereits im November 1992 „Die eigene Wohnung ist neben der Arbeit, der sozialen, kulturellen und politischen Partizipation ein Grundbedürfnis für ein menschenwürdiges Leben.“

Die Mehrheitskoalition

Es gab bei den Haushaltsberatungsterminen keine nennenswerten Vorschläge der CDU/Grünen-Koalition zur Kostenverringering, geschweige denn zur Generierung von Mehreinnahmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren:

Durch die Wiederbesetzung einer 3. Beigeordneten-Stelle verhinderte die Brühler Mehrheitskoalition aus CDU und Grünen bereits 2015 die Verschlinkung der Verwaltungsspitze. Eine solche Verschlinkung hätte bei den Personalkosten eine Ausgaben-Verringerung bis zu 200.000 Euro erbracht. Dazu kam dann noch die Stabsstelle eines Mobilitätsmanagers. Diese unvertretbaren und unverantwortlichen Mehr-Ausgaben ist das Koalitions Geschenk der CDU an die GRÜNEN. Auch politische Mehrheiten haben ihren Preis! Ein Preis, den am Ende die Brühler Bürgerinnen und Bürger bezahlen! Jetzt beantragt die GRÜNE-FRAKTION noch eine Stelle für einen Verkehrsingenieur / Verkehrsplaner.

So kann man aber keinen Haushalt konsolidieren, meine Damen und Herren!

Auch bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2016 blieben CDU und GRÜNE jede Antwort für einen ausgeglichenen Haushalt schuldig. Sie delegierte lediglich diese Verantwortung an die Verwaltung und gab prozentuale Sparziele vor.

Der **Verzicht** auf weitere Steuereinnahmen im Jahr 2015 war bereits verantwortungslos und führt im Haushalt 2016 zu einer höheren Entnahme bei der Gewinnausschüttung bei den Stadtwerken. Dadurch sehen wir mittelfristig die notwendigen Investitionen z.B. in die Strom- und Gasnetze als gefährdet an.

Das gute Beispiel:

Schuldenfreies Langenfeld (gut 60.000 Einwohner, liegt auf halben Weg zwischen Düsseldorf und Köln).

Dort wird nach dem **Grundsatz gehandelt "Man kann nur das Geld ausgeben, das man einnimmt"**. Dort haben sich die Mandatsträger langfristig auf drei Hauptmaßnahmen verständigt:

1. Die Einnahmen werden gestärkt
2. Die Mittel werden sinnvoll eingesetzt
3. Die Ausgaben werden begrenzt: **Konsequente-Neuverschuldung = Null**

Die Zukunftsinvestitionen

In den nächsten Jahren stehen 2 große Investitionen an:

1. Der Bau einer neuen Feuerwache für über 20 Millionen Euro.
2. Der Neubau des Rathauses B im Steinweg von geschätzten 13,8 Millionen Euro bei einem Neubau mit gleichem Flächenumfang (Variante 2). Unsere Präferenz liegt bei Variante 2, da wir uns von der Variante 3 des Rathaus Projekts mit einem Kostenrahmen von um die 20 Millionen Euro aus haushalterischen Gründen distanzieren möchten.

Mit dem Mehraufwand von Variante 2 zu Variante 3 von 6 Millionen Euro - könnte man 101 Jahre die derzeitige Warmmiete für die Stadtbücherei aufbringen!

Wir beabsichtigen, wenn heute der Rat die Variante 3 beschließen sollte, ein Bürgerbegehren zu unterstützen.

Die Finanzierungskosten für beide Bauwerke (Feuerwache und Rathausanbau im Steinweg) werden sich nach jetzigem **Zinsniveau auf ca. 800.000 Euro im Jahr belaufen.**

Zusammenfassend fordern wir für Brühl:

- Orientierung am Bedarf - bei Bautätigkeiten und Personaleinstellungen
- Stärkung der Bürgerverantwortung und Bürgerbeteiligung durch (Rats-)Bürgerentscheide und einen Bürgerhaushalt
- Anhebung der Gewerbesteuer auf 500 v.H.
- Maßvolle Anhebung der Grundsteuer B auf 500 v.H.
- Streichung Ausbau Carl-Schurz-Straße für 2017

- Einen (Rats-) Bürgerentscheid über die Varianten 2 und 3 beim Anbau des Rathauses im Steinweg
- Errichtung einer 2. Gesamtschule für die Stadt Brühl
- Freigabe leerstehender Immobilien zur Instandsetzung und Nutzung durch kulturelle Träger, alternativ ihre Vermietung oder Verkauf
sowie
- Fortführung der Sozialpolitischen Herausforderungen: Inklusion, Bekämpfung von Armut, Ausbau der Kindertagesplätze und die menschenwürdige Integration von Flüchtlingen

Wir lehnen den Haushaltsentwurf 2016 aus den genannten Gründen ab!

Für die Haushaltssatzung 2016 beantragen wir:

- Sperrvermerk – (Seite 443 - aktivierbare Maßnahmen – Sanierung Rathaus B (Kt.St. 11 06 0700) – hier: Planungskosten von 500.000 €
- Anhebung der Gewerbesteuer auf 500 v.H.
- Anhebung der Grundsteuer B auf 500 v.H.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.